

gen, kann von einem Christen politisch nicht vertreten bzw. unterstützt werden, wenn er nicht zugleich seinen Glauben verraten will“. Ein weites Feld, auf dem politische Gegner im Raum der Kirche zusammenarbeiten können, sehen die Bischöfe indessen in den heute drängenden sozialen und ökonomischen Problemen (z. B. in der Bodenspekulation, im Konsumzwang und in einer ausschließlich profitorientierten Wirtschaft).

Kirche und Klassenkampf

Die Bischöfe wandten sich dagegen, alle sozialen Konflikte auf das *Klassenkampf-schema* zu reduzieren, wiederholten aber auch die kirchliche Kritik an der liberalistischen Konfliktanalyse (indem sie auf den Brief Pauls VI. an Kardinal *M. Roy* „*Ocotogesima adveniens*“ verwiesen, vgl. HK, Juni 1971, 282–292). Neu sei heute jedoch, daß das Klassenkampf-schema auch für viele Christen aus den verschiedensten Schichten zum Schlüssel für das Verständnis und die Erklärung sozialer Situationen und zu einem operationellen Schema geworden ist. Doch selbst die Marxisten würden, so betonen sie, ihr ursprüngliches Klassenkampf-schema nuancieren. Manche Gesellschaftskritiker würden sich fragen, ob der grundlegende Antagonismus heute nicht zwischen den Inhabern der Entscheidungsgewalt und den bloßen Untergebenen zu suchen sei. Angesichts dieser Antagonismen habe der Glaube eine kritische Funktion. Als entscheidendes Kriterium für das politische Verhalten von Priestern

und Bischöfen bezeichnen die Bischöfe dessen Zusammenhang mit der Sendung der Kirche und mit der je *spezifischen* Sendung von Priestern und Bischöfen *in* der Kirche. Die spezifische Verantwortung der kirchlichen Amtsträger im politischen Bereich sei pastoraler Natur. Sie gehen über die von der letzten Bischofsynode aufgestellten Richtlinien nicht hinaus (vgl. HK, Dezember 1971, 589).

Im Verhältnis zwischen Kirche und Staat habe sich, so stellen die Bischöfe fest, insofern eine *neue* Entwicklung ergeben, als die Kirche sich einerseits von der Regierung und den politischen Instanzen stärker distanziert, andererseits aufgrund ihrer religiösen Sendung öfter im politischen Bereich interveniert. Ihre Distanz begründen die Bischöfe mit dem Respekt vor der Autonomie des politischen Bereichs und mit dem dadurch gegebenen größeren kirchlichen Freiheitsraum. Der kirchliche Beitrag zur Politik bestehe darin, daß die Kirche die Gläubigen zu aktivem politischem Engagement auffordere und selbst Anregungen, Vorschläge und auch Kritik äußere, und zwar nicht aus irgendeinem Machtanspruch heraus, sondern im Dienste der Menschen, besonders der Armen, des nationalen und internationalen Gemeinwohls, der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens. Als eine unter vielen sozialen Gruppen habe die Kirche das Recht auf einen gesellschaftlichen Status, damit sie ihre spezifische Aufgabe erfüllen könne; dabei gehe es nicht darum, Privilegien auszuhandeln.

Katholische Stimmen zum Kriegsrecht auf den Philippinen

Seit der Verhängung des Kriegsrechts über die Philippinen am 23. September 1972 sind drei verschiedene Stellungnahmen kirchlicher Kreise zu den rigorosen Maßnahmen des philippinischen Präsidenten *F. Marcos* bekannt geworden. Als erste Gruppe protestierten die „*Christen für die Nationale Befreiung*“, eine seit mehr als einem Jahr äußerst aktive Bewegung von Priestern und Laien, gegen Begründung und Durchführung des Kriegsrechts. Mit einiger Verspätung meldeten sich dann Mitte Oktober alle *Bischöfe* der Philippinen gemein-

sam in einem Hirtenbrief zu Wort, wobei sie sich um eine ausgewogene Stellungnahme bemühten und Selbstkritik jedes einzelnen Katholiken forderten. Diese zurückhaltende Interpretation der Vorgänge wurde aber später von 17 Bischöfen und 18 Oberen und Mitgliedern von Ordensgemeinschaften in einem gemeinsamen Brief an den Präsidenten zurückgewiesen bzw. durch klare Forderungen und Bedingungen ergänzt.

Eine Reihe von Einzeläußerungen führender Katholiken vervollständigt das Bild. Durch die Einbezie-

hung von Kardinal *R. Santos* von Manila in die Auseinandersetzungen um die Ursachen der innenpolitischen Krise wurde zudem deutlich, daß mit einer Konfrontation innerhalb der katholischen Kirche der Philippinen in den nächsten Wochen und Monaten zu rechnen ist, eine Entwicklung, die sich seit langem andeutete, durch die jetzige Ausnahmesituation aber vielleicht erst offen zutage tritt.

Marcos' Traum von einer neuen Gesellschaft

Noch wenige Tage vor Bekanntgabe des Kriegsrechts hatte Bischof *M. Gaviola*, der Sekretär der philippinischen Bischofskonferenz, bei einer Messe im Präsidentenpalast anlässlich des 55. Geburtstages von Präsident Marcos erklärt: „Gott kann einen betenden Präsidenten nicht im Stich lassen“ (zit. nach: Far Eastern Economic Review, 30. 9. 72). Geradezu als Antwort auf diesen ermunternden Satz erscheint die Schlußpassage der Radio- und Fernsehansprache von Marcos, mit der er am 23. September die Bevölkerung über die in der „Proklamation Nr. 1081“ enthaltenen Vorschriften und die Beweggründe dazu unterrichtete: „... ich habe zu Gott um Anleitung gebetet. Laßt uns alle fortfahren, zu ihm zu beten. Ich vertraue darauf, daß wir mit Gottes Hilfe unseren Traum von einer besseren Gesellschaft, einer neuen und leuchtenderen Welt verwirklichen werden“ (vgl. Philippine News, 30. 9. 92).

Vorher hatte Marcos das Kriegsrecht mit zwei Zielen begründet: zum einen wolle er mit Hilfe der Sondergesetze die Bedrohung durch einen gewaltsamen Umsturz abwenden, zum anderen die Gelegenheit nutzen, um „die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Institutionen in unserem Land zu reformieren“. Das Ergebnis aller Bemühungen solle eine „*Neue Gesellschaft*“ sein.

Marcos führte eine Fülle von Beispielen an, die den wachsenden Einfluß kommunistischer Gruppen verdeutlichen sollten. Dabei griff er ganz besonders die in verschiedenen Provinzen gemeinsam von der kommunistischen Partei und deren „*Neuer Volks-Armee*“ errichteten „*ländlichen Asyle*“ an, in denen eine radikale Landreform praktiziert werde. Diese Bewegung greife immer mehr um sich. Auch der Zulauf zur KP „*maoistischer*“ Richtung und zu verschiede-

nen „Frontorganisationen“ der Kommunisten wie „Kabataang Makabayan“ oder „Samahang Demokratikong Kabataan“ habe sich in erschreckendem Maße verstärkt. Kenner der Szene bezeichnen die entsprechenden Zahlenangaben allerdings als bewußt zu hoch angesetzt. Auch die „Enthüllungen“ des Präsidenten über riesige Waffenlager, die die Rebellen angeblich angelegt haben sollen, stoßen auf große Skepsis. Schließlich hatte der Oppositionsführer, Senator *B. Aquino*, schon im Juni berichtet, die Regierung habe in Hongkong einen größeren Posten Waffen aus kommunistischen Ländern gekauft, um ihr „Auffinden“ später als Grundlage für Sonderrechte zu benutzen.

Neben dieser „kommunistischen Bedrohung“ nannte Marcos noch weitere Unruheherde: die blutigen Auseinandersetzungen zwischen *Moslems und Christen* in Mindanao und Sulu — hervorgerufen durch soziale Spannungen — sowie besonders die unaufhörlich steigende *Kriminalität* von Kidnapping über Schmuggel und Rauschgifthandel bis zu Korruption, Waffenhandel, Raub und Mord.

Gegen Kriminalität und für Landreform

Besonders gegen die Kriminalität will der Präsident in den kommenden Monaten des unbefristeten Kriegsrechts vorgehen. Ein erster Erlaß verlangt die Ablieferung aller im Umlauf befindlichen Waffen, die nach Schätzungen weit über die Bewaffnung der Streitkräfte gehen. Damit verbunden ist eine Kampfansage an die von vielen Prominenten und Besitzenden unterhaltenen „Privatarmeen“, die zahlenmäßig ebenfalls die regulären Streitkräfte übertreffen sollen. Zumindest bei dieser Maßnahme wird deutlich, daß der Präsident seine größeren Machtbefugnisse auch gegen die ihn bisher am meisten tragende Oligarchie des Landes nutzen will.

Die wichtigste Maßnahme, die Marcos versprach, betrifft die Grundstruktur der philippinischen Gesellschaft. Mit Dekret Nr. 21 vom 21. Oktober leitete er eine *Landreform* ein, die bei erfolgreicher und konsequenter Durchführung wahrscheinlich nachträglich alle jetzt erfolgten Einschränkungen der Freiheit rechtfertigen könnten. Demnach sollen

nach rund 450 Jahren uneingeschränkter Machtausübung der Großgrundbesitzer über die abhängigen Pächter von jetzt an alle Pächter als Eigentümer des von ihnen bearbeiteten Grund und Bodens betrachtet werden. Die jetzigen Grundbesitzer dürfen lediglich 7 ha behalten. Der Rest wird aufgeteilt, während die bisherigen Eigentümer vom Staat entschädigt werden. Nach vorläufigen Ermittlungen betrifft diese erste Phase der Landreform 715 000 Pächter mit ca. 1,5 Millionen ha Ackerland. Das Taiwan-Modell scheint hierbei übrigens Pate gestanden zu haben.

Auch gegen die *Korruption* und wuchernde *Bürokratie* will Marcos zu Felde ziehen. Alle Beamten sollen überprüft werden. So ergibt sich insgesamt ein breites Spektrum von offiziell genannten Aufgaben, die die Regierung mit Hilfe des Kriegsrechts lösen will. Bei aller Aussicht auf eventuelle Erfolge ergeben sich jedoch erhebliche Einschränkungen der Freiheit. Oppositionspolitiker, Studenten, Gewerkschaftler und Journalisten wurden verhaftet, Streiks und Demonstrationen sind untersagt, zwischen Mitternacht und vier Uhr morgens besteht eine Ausgangssperre, die meisten Zeitungen und Zeitschriften sowie Rundfunk- und Fernsehsender mußten ihren Betrieb einstellen, die wenigen verbliebenen Presseorgane sind zensiert, die Schulen waren kurzfristig, die Universitäten sind größtenteils noch jetzt geschlossen.

Im Lande selbst scheint sich die Bevölkerung mit der neuen Situation abgefunden zu haben. Das Versprechen von Ruhe und Ordnung kommt vielen Filipinos sicherlich nicht unangelegen, ebenso nicht die Aussicht auf einen kleinen Landbesitz. In der Jugend und unter den Intellektuellen herrscht dagegen Mißtrauen gegenüber den wirklichen Zielen des Präsidenten vor. Sie halten die Proklamation des Kriegsrechts nur für den ersten Schritt und befürchten im Gefolge einer Verfassungsänderung zunehmende diktatorische Machenschaften von Marcos. Noch zwei Tage vor der Ausrufung des Kriegsrechts hatten sich rund 30 000 zumeist jugendliche Filipinos in der Hauptstadt versammelt, um für die Wahrung der freiheitlichen Rechte zu demonstrieren. Seit längerer Zeit haben sie den Kampf gegen die drei „Ismen“ auf ihre Fahnen geschrieben:

„gegen inländischen Feudalismus, gegen klerikal-militärischen Faschismus und gegen den amerikanischen Imperialismus“. Die teilweise sehr militanten Demonstranten rekrutierten sich aus den unterschiedlichsten Schichten. In letzter Zeit gewannen radikale Strömungen unter ihnen an Boden. Der Trend zur Unterstützung dieser Bewegung machte bei den Katholiken keineswegs halt. Besonders die junge Priester-Generation und die studentische Jugend sehen in der Solidarität mit diesen Gruppen die einzige Chance für die Philippinen.

Die Suche nach dem Schuldigen

Von offizieller katholischer Seite auf den Philippinen und im Ausland schien man sich nach dem 23. September vielfach zunächst darauf zu beschränken, lediglich darauf zu achten, ob und wie viele Priester oder Nonnen im Gefolge des Kriegsrechts verhaftet wurden, um daraus Rückschlüsse auf die Tendenz des Gesamtunternehmens ziehen zu können bzw. zu protestieren. Schon bald zeigte sich aber, daß dieses Kriterium nicht ausreichte, um zu einer Beurteilung der getroffenen Maßnahmen und zu einer überzeugenden kirchlichen Stellungnahme zum Kriegsrecht zu gelangen.

Bisher liegen keine genauen Angaben über die Zahl von Verhafteten vor. Anfang Oktober wurde bekannt, daß eine Nonne und acht Priester, unter ihnen vier gebürtige Ausländer, wieder aus der Haft entlassen worden sind, nachdem sie Zusammenarbeit mit der Regierung versprochen hatten. Kurz darauf erfuhr man von der Verhaftung zweier publizistisch tätiger amerikanischer Patres wegen Verstoßes gegen die Sondergesetze.

In dem unmittelbar nach der Verhängung des Kriegsrechts veröffentlichten Manifest der Bewegung „Christen für die Nationale Befreiung“ wurde nicht nur energisch gegen die Maßnahmen der Regierung protestiert, sondern auch zu einem Treffen im Redemptoristen-Kloster in Bacolod am 26. September aufgerufen. Gleichzeitig wurde die Regierung selbst für den vorgegebenen Anlaß zum Kriegsrecht verantwortlich gemacht. Die steigenden Preise, Arbeitslosigkeit und Korruption in der Regierung hätten die Armut der Massen vergrößert. Dies wiederum habe die kritischen Stimmen der Massen ver-

stärkt. Doch diese Ausübung eines demokratischen Rechts werde nun gewaltsam durch das Kriegsrecht unterbunden. Auch die enorme Steigerung des Militärhaushaltes habe indirekt und direkt das Kriegsrecht vorbereitet. Ingesamt müsse der Schritt der Regierung als Zeichen der Schwäche angesehen werden. Es sei „ein verzweifelter Versuch, die wachsende Kraft des Volkswillens nach Befreiung“ zu unterdrücken (NC News Service, 26. 9. 72).

Spannungen unter Katholiken

In ihrem gemeinsamen *Hirtenwort* brachte die Bischofskonferenz zunächst zum Ausdruck, daß sie „das Recht und die Pflicht der zivilen Autoritäten anerkennen, angemessene Schritte zu unternehmen, um die Souveränität des Staates zu schützen und Frieden und Wohlstand der Nation — innerhalb der Grenzen des Gesetzes — zu garantieren“. Gleichzeitig konstatierten sie die bestehenden „Krankheiten“ der gegenwärtigen philippinischen Gesellschaft und riefen zu einer Prüfung jedes einzelnen auf, inwieweit er mitschuldig an dieser Misere sei. Die Verantwortung für die Krise liege zu einem nicht geringen Teil bei denjenigen Bürgern, „die sich selbst zwar als Christen und Verteidiger der Demokratie ausgeben — besonders politische, wirtschaftliche und religiöse Führungskräfte —, in Wirklichkeit aber keineswegs die soziale Gerechtigkeit unterstützen, sondern im Gegenteil durch ihren Lebensstil Hindernisse für die Moral, Wahrheit und Liebe darstellen“. Zur Zeit des Kriegsrechts sollte bei der Durchführung der Sondergesetze Klugheit walten und die menschliche Würde respektiert werden. Die Katholiken wurden aufgefordert, jeden Mißbrauch seitens der Behörden sofort zu melden (NC News Service, 17. 10. 72).

Schärfer formuliert war der eingangs erwähnte Brief, den Erzbischof *A. Olalia* von Lipa im Namen von 16 Bischöfen und 18 Mitgliedern verschiedener Ordensgemeinschaften an den Präsidenten schrieb. Darin wird erklärt, auch die Unterzeichner setzten sich für eine „Neue Gesellschaft“ ein, doch könnten sie die Methode der Gewalt und die restriktive Art des Kriegsrechts nicht gutheißen. Die Geschichte der Philippinen mache deutlich, daß dauernde Verhaltensänderungen nicht durch Befehl, son-

dern nur durch Überzeugung und gutes Beispiel erreicht werden können, nur durch innere und vom Willen getragene Annahme, nicht durch Furcht und Zwang. Die Bischöfe und Patres erwarten eine baldige Beendigung des Kriegszustandes, faire Prozesse, Entlassung der Unschuldigen und Wiederherstellung der freien Meinungsäußerung. Es sei zu befürchten, daß die momentane Repression zu größeren Schäden führe, als sie vor Beginn des Kriegsrechts vorhanden waren.

Einige Bischöfe sollen sich inzwischen auch an den Vatikan gewandt haben, um ihn erneut auf die dem Ansehen der Kirche schädliche Rolle von Kardinal Santos aufmerksam zu machen und sich gleichzeitig über die Zurückhaltung Roms bei einer Erneuerung der Kirche auf den Philip-

Chile: eine Situation, die zu denken gibt

Zu einem Zeitpunkt, an dem die bisher schwerste innenpolitische Krise unter der Regierung Allende ihren Höhepunkt erreicht hatte, ist der chilenische Episkopat mit einem mahnenden Aufruf an die Bevölkerung an die Öffentlichkeit getreten. In einem Kommuniqué, das von der Ständigen Kommission der chilenischen Bischofskonferenz am 21. 10. 1972 in Santiago veröffentlicht wurde, setzten sich die Bischöfe für den Fortbestand der verfassungsmäßigen Ordnung und den Gehorsam gegenüber der Obrigkeit ein und riefen die Bevölkerung zur Erhaltung der nationalen Eintracht auf.

Appell des Kardinals

Dieser Erklärung war am 2. September, lange vor der letzten Zuspitzung der Krise, eine Fernsehansprache des Kardinals *R. Silva Henríquez* vorausgegangen, der alle Christen vor der drohenden Gefahr eines Bürgerkriegs gewarnt hatte. Bisher habe er aus Klugheit geschwiegen, sagte der Kardinal, nun aber, inmitten einer kritischen Situation, wolle er versuchen, die Leidenschaften zu beschwichtigen und das Volk zur Vernunft zu bringen. „Wir wollen das furchtbare Unglück eines Bürgerkriegs vermeiden, mit all seinen Fol-

pinen zu beklagen. In diesem Zusammenhang wurde auf verschiedene Vorgänge der Vergangenheit hingewiesen: auf die Blockierung der Hilfsmaßnahmen für die Ende 1970 von Papst *Paul VI.* in den Slums von Tondo besuchten Filipinos, auf die bis heute nicht bewohnten, vom Papst gestifteten Wohnblocks, auf die Auseinandersetzungen bei den Steyler Patres vor einigen Monaten (sie hatten sich geweigert, einen Seminaristen zu weihen, weil er Marxist sei. Darauf lehnten alle anderen ebenfalls die Weihe ab — und alle wurden geweiht), auf die Entlassung von drei Scheuter Patres aus dem Hauptseminar von Manila durch Kardinal Santos wegen angeblicher unorthodoxer Ansichten mit der Folge, daß fast alle Studenten das Seminar verließen ...

gen, wie Blutvergießen, geteilte Familien, Zerstörung und Hunger“ (NC, 5. 9. 1972). Besonders eindringlich warnte der Kardinal vor der vielfach herrschenden Ansicht, ein Bürgerkrieg würde der jetzigen politischen Krise ein Ende bereiten und klare Fronten schaffen. Der Erzbischof von Santiago warnte ausdrücklich vor der unabsehbaren Gefährdung durch Gewalt und eine bewaffnete Revolution: „Die bewaffnete Revolution schafft neues Unrecht, provoziert die Intervention anderer Nationen und beschneidet die bürgerlichen Freiheiten des einzelnen. Gewalt ist nicht der einzige Weg, ich meine vielmehr, daß sie überhaupt kein Weg ist“ (NC News Service, 5. 9. 72). Abschließend forderte er die Chilenen auf, die nötigen Reformen im Rahmen des Gesetzes und der Demokratie zu verfolgen. Diese Worte, gesprochen im Zusammenhang mit den Demonstrationen und Streiks im August, die zu Zusammenstößen mit der Polizei und zur Ausrufung des Notstandes geführt hatten, erscheinen im Rückblick eher verfrüht, zumal sich die Lage im September wieder beruhigte und erst mit dem am 9. Oktober einsetzenden Streik der Transportunternehmer eine solche Zuspitzung erfuhr, daß erstmalig auch Allende begann, von der Gefahr eines Bürgerkriegs zu sprechen. Die Unzufrieden-